Die internationale Dollarkrise

Autor(en): **Lauterbach, Albert**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **29 (1950)**

Heft 1

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-336441

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

ALBERT LAUTERBACH

Die internationale Dollarkrise

New York, im Dezember 1949.

In der Monatsschrift «*Fortune*», die sich hauptsächlich an ein Publikum von Geschäftsleuten wendet, erschien vor kurzem eine Karikatur von Onkel Sam, umgeben von internationalen Verkäufern, die alle ihre Waren anpreisen. Der würdige Mann wehrt sie mit den Worten ab: «Ich habe gerne Milliarden von harten Dollar ausgeworfen, um Ihnen zu helfen, aber nunmehr wollen Sie, daß ich Ihre billigen Waren kaufe. Das, Gentlemen, ist es, was einem wirklich schwer fällt.»

Es gibt noch Leute, die auf Nachrichten über die internationale Dollarknappheit mit den Worten reagieren, sie selbst seien ihr ganzes Leben knapp an Dollar gewesen. Unser Briefträger antwortete auf Beschwerden über die späte Postzustellung mit der Erklärung, daß die Postbehörde jetzt sparen müsse, da die Regierung das ganze Geld nach England schicke. Aber im großen und ganzen hat das Verständnis der europäischen Währungsnöte ansehnlichen Fortschritt gemacht, und der Durchschnittsmensch beginnt zu verstehen, daß es den meisten übrigen Ländern nicht an «Geld» mangelt, sondern an Dollar, und daß diese Tatsache unter anderem auch mit der traditionellen Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten etwas zu tun habe.

Wozu braucht man Dollar?

Einem Volk, dessen Wirtschaftsstruktur vom Außenhandel abhängt – und dies trifft in verschiedenem Umfang für fast jedes europäische Volk zu –, braucht man die Bedeutung von ausreichenden Quellen ausländischer Zahlungsmittel nicht erst zu erklären. Wichtig ist aber, daß die Versorgung mit Auslandswährung, selbst wenn die Gesamtmenge ausreicht, nur dann ihren Zweck erfüllt, wenn die verschiedenen Währungen unbehindert gegeneinander ausgetauscht werden können; oder aber, wenn das betreffende Land die verschiedenen Auslandswährungen ziemlich genau in dem Verhältnis erwirbt, in dem es sie tatsächlich braucht – das heißt, im Verhältnis seiner Einkäufe in den Ländern, in denen die verschiedenen Währungen im Umlauf sind.

Wenn keine dieser beiden Bedingungen zutrifft (das heißt, wenn die verschiedenen Auslandswährungen gegeneinander nicht austauschbar sind und wenn die Länder, an die man verkauft, auch nicht identisch sind mit den-

jenigen, deren Waren und Dienste man braucht), dann entsteht Knappheit an einer bestimmten Währung oder auch an mehreren. Gegenwärtig handelt es sich vor allem um den Dollar. Um die Ursachen dieser Erscheinung zu verstehen, muß man sich die veränderte Weltrolle der Vereinigten Staaten in den letzten dreißig Jahren vergegenwärtigen.

Seit dem ersten Weltkrieg ist Amerika, im Nettoergebnis, zu einer Gläubigernation geworden. Das bedeutet, daß die Außenwelt mehr an Amerika verkaufen müßte als umgekehrt, um die Schuld abzahlen zu können. Dennoch hat Amerika fast ohne Unterbrechung seinen Ausfuhrüberschuß beibehalten oder, wie es jemand vor Jahren formulierte, «verweigert, seine Gläubigerstellung anzuerkennen». Es wäre ganz unrichtig, dies bloß auf die Beharrlichkeit der Zollinteressenten zurückzuführen. Es ist wohl richtig, daß der Hawley-Smoot-Zoll vom Jahre 1930, ein trauriges Kind der Depression, die Zollmauer um die Vereinigten Staaten erhöhte. Aber seit der Mitte der dreißiger Jahre ist diese Zollmauer unter dem Einfluß des Hull-Programms langsam abgebröckelt. Dieses Programm ermächtigt den Präsidenten, die Zollsätze im reziprokalen Wege zu ermäßigen, was auch in den letzten fünfzehn Jahren in ansehnlichem Ausmaß geschehen ist. Gemessen am Werte der zollpflichtigen Einfuhr im Jahre 1947, ist der Zolltarif jetzt etwas über halb so hoch wie im Jahre 1934; und wenn der Präsident von seinen Vollmachten vollen Gebrauch machte, könnte er die Zollmauer bis 1951 noch um einen weiteren Drittel reduzieren, im Austausch gegen ähnliche Konzessionen ausländischer Regierungen.

Warum also ist die übrige Welt, mit Ausnahme der Schweiz und sehr weniger anderer Länder, so knapp an Dollar? Zunächst sind wichtige Einnahmequellen aus der Vorkriegszeit versiegt. England und etliche andere Länder können nicht mehr auf die Zinsen und Dividenden ihrer Investitionen in den Dollargebieten rechnen, denn diese Investitionen wurden während des Krieges in der Form von Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Waffen aufgegessen. Die Schiffahrt Englands, Hollands, Norwegens, Griechenlands hat während des Weltkrieges schwer gelitten, und als sie sich später einigermaßen erholte, hatte Amerika selbst, unter dem Druck der Kriegsnotwendigkeiten, eine gewaltige Handelsflotte gebaut. Technologische Neuerungen wie Kunstgummi haben Amerika von vielen traditionellen Einkäufen im Ausland (in diesem Fall Kautschuk im britischen Malaya) ganz oder teilweise unabhängig gemacht. Und die Kriegs- und Übergangsjahre, die die Produktion vieler Länder Europas und Asiens aus dem Geleise warfen, machten diese Länder jahrelang von der gewaltigen Produktion Amerikas abhängig, ohne zunächst gleichwertige Gegenleistungen zu ermöglichen.

Einige Länder deckten das Loch in ihrer Zahlungsbilanz mit den Vereinigten Staaten mit Gold zu, solange sie welches hatten. Belgien, dessen Kongo-Kolonie während des Krieges sowohl vor deutschen als auch vor japanischen Angriffen sicher war, führte ohne Unterbrechung große Mengen wichtiger Rohstoffe nach Amerika aus; noch dazu wurde das Mutterland weniger beschädigt als die Nachbarländer.

Aber im großen und ganzen ist auf eine Deckung des Dollardefizits durch weitere Goldverkäufe europäischer und anderer Länder nicht zu rechnen, einfach weil die verfügbare Goldmenge und Goldproduktion in der Welt überaus begrenzt ist, verglichen mit den notwendigen oder erwünschten Wareneinfuhren aus den Vereinigten Staaten. Wie also kann die internationale Dollarknappheit behoben werden?

Die Alternativen

Die Sachlage ist für die verschiedenen Länder nicht ganz gleich; der Bedarf an Dollar, die natürlichen Hilfskräfte und die möglichen Gegenleistungen sind von Land zu Land verschieden. Auch Fragen der politischen Struktur sind sehr wichtig, vor allem für die Beurteilung der künftigen Wirtschaftsrolle Osteuropas. Aber im allgemeinen bestehen die folgenden Alternativen für die Dollarwirtschaft Europas:

1. «Den Brotkorb höher hängen.» Der Journalist Henry Hazlitt, ein fanatischer Anhänger der Laissez-faire-Politik, schrieb vor einiger Zeit in einer Broschüre unter dem Titel «Werden Dollar die Welt retten?», die wirkliche Schwierigkeit sei, daß England, Europa und Lateinamerika von den Vereinigten Staaten mehr kaufen wollen, als sie an dieses Land verkaufen. «Sie wollen mehr kaufen, als sie sich leisten können. Sie verbrauchen mehr, als sie erzeugen. Die einzige Abhilfe von Dauer ist, daß sie ihre Erzeugung erhöhen oder ihren Verbrauch einschränken.»

In dieser extremen Form werden wenige Leute das Argument ernst nehmen – besonders in den betroffenen Ländern. Der Lebensstandard Frankreichs oder Italiens ist heute schon sehr niedrig, gemessen an dem Amerikas oder der Schweiz oder einfach an den Minimalansprüchen der Zivilisation um die Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts. Hazlitts Rezept kann mit dem jenes Bauern verglichen werden, der seinem Gaul des Fressen abgewöhnen wollte. Er gab ihm jeden Tag etwas weniger Futter und hatte ihn schließlich so weit, daß er gar nichts mehr fraß. In diesem Augenblick hatte leider unser Bauer Pech – der Gaul ging ein. Ob man eine Einschränkung der Einfuhren aus dem Dollargebiet nun durch kleinere Rationen erzielt oder durch höhere

Preise, die den Verbraucher vom Kaufen abschrecken, oder durch eine Reduzierung der Rohstoffeinfuhr selbst um den Preis der Arbeitslosigkeit – die wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen dieser Kur sind für die meisten betroffenen Nationen völlig unannehmbar. Selbst Belgien, das diese Kur unter den erwähnten, relativ günstigen Bedingungen versuchte, zahlt einen gefährlichen Preis dafür in der Form von Teuerung und Arbeitslosigkeit.

2. «Weiterleihen». Die Vereinigten Staaten, die jetzt gegen sechs Milliarden Dollar im Jahr für Auslandshilfe – teils Geschenke, teils Anleihen mit oft unsicherer Zukunft – ausgeben, um die Dollarlücke der Welt zu füllen, könnten theoretisch diese Anleihen einfach fortsetzen. Aber diese Lösung wird niemand befriedigen. Soweit es sich um Staatsanleihen (oder Geschenke) handelt, dürfte der Kongreß keine große Lust haben, angesichts einer Staatsschuld von fast 260 Milliarden und eines Friedensbudgets von 44 Milliarden die Politik einseitiger Zahlungen ans Ausland im gleichen Maße auf unbegrenzte Zeit fortzusetzen. Für die meisten europäischen Länder wäre dies ebenfalls ein sehr unerwünschter Zustand.

Was die Investition amerikanischen Privatkapitals im Ausland betrifft, so besteht erstens keinerlei Gewißheit, daß sie alljährlich im notwendigen Maße erfolgen würde; zweitens würde sie von finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Garantien abhängen, die die wenigsten Staaten geben könnten oder möchten; und drittens müßten die investierten Summen – oder wenigstens die jährlichen Erträge und vielleicht Kapitalamortisationen – in Dollar zurückgezahlt werden. In anderen Worten, die Kapitalausfuhr würde die Dollarverpflichtungen der betreffenden Länder im allgemeinen nur verschieben; es sei denn, daß die investierenden amerikanischen Kapitalgruppen ihre Investition dauernd dort lassen wollen – eine recht zweifelhafte Annahme in den meisten Fällen. In anderen Worten, ohne gewisse Möglichkeiten weiterer Staats- oder Privatanleihen an eine Anzahl von Länder zu übersehen, werden doch wenige Leute darin allein eine ausreichende Dauerlösung sehen.

3. «Mehr kaufen.» Bleibt also die (theoretisch sehr naheliegende) Möglichkeit, daß Amerika seine Einfuhr soweit erhöht, daß sie der Ausfuhr gleicht oder sie gar übersteigt. In anderen Worten, Amerikas Einfuhr soll sich nach der Ausfuhr richten und nicht umgekehrt. Man möge nicht vielleicht glauben, daß dies bisher einfach aus Böswilligkeit oder Dummheit unterlassen wurde. Eingeführte Waren, besonders Qualitätsprodukte, sind beim amerikanischen Verbraucher recht populär, wenn sie in der richtigen Form und zum richtigen Preis präsentiert werden. Viele Geschäfte hängen eine Tafel mit dem Worte «Imported» um Waren im Schaufenster, um damit (mit

Recht oder Unrecht) auf die Seltenheit und den Qualitätscharakter der Ware hinzuweisen.

Tatsächlich ist Amerikas Einfuhrpolitik in einer großen Umstellung begriffen. Wie weit sie gelingen wird, bleibt abzuwarten. Augenblicklich kämpfen zwei gegensätzliche Tendenzen gegeneinander: die überlieferte, «neomerkantilistische» Einstellung, die allgemein gegen Wareneinfuhr ist (wobei das Argument des höheren Lohnniveaus in Amerika immer noch einflußreich ist), und die neue «Entdeckung», daß man auf die Dauer doch nicht verkaufen kann, ohne zu kaufen.

Auf der einen Seite drängt die E. C. A. (Economic Cooperation Administration), die den Marshallplan verwaltet, auf eine Politik erhöhter Einfuhren nach den USA. Paul G. Hoffman, der Direktor der E. C. A. und ein führender Geschäftsmann, hält eine Rede nach der anderen, in der er seine Landsleute zu höheren Einkäufen in Europa ermuntert. Die E. C. A. hält eine Erhöhung der amerikanischen Einkäufe in Europa um zwei Milliarden Dollar im Jahr für das Minimum, auf das man hinarbeiten sollte; sie wies unlängst darauf hin, daß der Ausfuhrüberschuß Amerikas von 1914 bis 1949 mehr als 101 Milliarden Dollar betragen hat, von denen 49 Milliarden einfach staatliche Geschenke darstellten und 19 Milliarden als Staatsanleihen bezeichnet waren. Dazu kamen 10½ Milliarden private Geschenke, ebensoviel an lang- und kurzfristigen Kapitalinvestitionen und 15½ Milliarden Gold und Auslandsguthaben in Amerika, die allmählich abverkauft wurden. Die E. C. A. empfiehlt unter anderem, daß Amerika mehr Rohstoffe von strategischer Bedeutung kaufen und aufspeichern solle. Andere Fachleute weisen auf die Möglichkeiten hin, die der Ankauf ausländischer *Dienste* (Auslandsreisen, Schiffsraum und so weiter) bietet.

Anderseits hat die neue Einfuhrpolitik auch ernsthaften Widerstand seitens der betroffenen Industrien erweckt. Um ein Beispiel anzuführen, der Verband der Erzeuger von Druckereieinrichtungen behauptet, daß die E. C. A.-Anleihen seinen europäischen Markt zerstören werde. Aber es handelt sich nicht um Proteste allein. Die amerikanischen Zollbehörden faßten von jeher ihre Aufgabe als die möglichst gründliche Verhinderung von Einfuhren auf. Bisher hat sie offenbar niemand angewiesen, daß eine neue Politik notwendig sei. Daher berechnen sie in Zweifelsfällen gewöhnlich den höchsten Zoll, halten unbekannte Arten von Gütern endlos auf und so fort.

Dazu kommt aber die weit wichtigere Frage, ob die Vereinigten Staaten hinreichenden Bedarf an den Gütern haben, die die übrigen Länder zu bieten haben; und ob dieses Angebot zu Preisen erfolgen kann, die auf dem amerikanischen Markte Aussicht auf Erfolg haben. Aber davon später.

4. Geographische Umstellung. Warum nicht die Einfuhren aus den Vereinigten Staaten soweit nur möglich durch Einfuhren aus anderen Ländern – vor allem denjenigen mit «weichen» Währungen – ersetzen? Während der unmittelbaren Nachkriegsjahre war dies fast unmöglich, da die Produktion so vieler Länder in schlechter Verfassung war. Nunmehr aber, mit der Wiederherstellung des physischen Produktionsapparates, könnte die Frage in anderem Lichte erscheinen.

Die Antwort ist, daß erstens viele Arten von Produkten, wie spezialisierte Maschinen, auf absehbare Zeit hinaus in den Ländern mit weichen Währungen entweder gar nicht oder nicht in genügenden Mengen oder nicht zu annehmbaren Preisen erzeugt werden können; zweitens, daß namentlich in Europa der Austausch von Industrieprodukten des Westens gegen Nahrungsmittel und Rohstoffe des Ostens bis auf weiteres durch politische Gegensätze behindert wird. Im übrigen ist der Gedanke sehr ernst zu nehmen. Wenn Amerika für die Erzeugnisse Europas (und vielleicht anderer Weltgegenden) so viel weniger Verwendung hat als umgekehrt, dann wäre es nur logisch, daß in Hinkunft ein viel größerer Prozentsatz des Welthandels um Amerika gewissermaßen einen weiten Bogen macht. Dazu kommen noch die Befürchtungen vieler Nationen, daß der amerikanische Kapitalismus früher oder später wieder in eine fühlbare Wirtschaftskrise hineinschlittern werde, da er bisher keine großen Anstalten macht, gegen diese Gefahr gerüstet zu sein; und Wirtschaftskrisen in unserer Zeit zerstören nur allzu leicht alle mühsam errungenen Fortschritte des Außenhandels.

«Punkt Vier»

Tatsächlich ist der Gedanke, daß die Außenwelt – namentlich Europa – von amerikanischen Lieferungen (wenigstens soweit sie unbezahlt sind) unabhängig gemacht werden soll, vielen Amerikanern sympathisch; allerdings nicht denjenigen Produktionszweigen, die weitgehend auf Ausfuhr angewiesen sind. Einer der Hauptgedanken des ursprünglichen Marshallplans war es ja, die wirtschaftliche Zusammenarbeit innerhalb Europas zu organisieren und dadurch das Gesamtdollardefizit des Kontinents zu reduzieren.

Inzwischen hat man aber entdeckt, daß dies eine ganze Menge Wirtschaftsplanung innerhalb Europas erfordern würde, und Wirtschaftsplanung ist für die vorherrschende Auffassung in diesem Lande immer noch der Gottseibeiuns, der die Völker unweigerlich der Staatssklaverei verschreibe. Ernest Bevin sagte im Vorjahre, die Amerikaner seien das größte Privatwirtschaftsvolk zu Hause und die größten Wirtschaftsplaner im Auslande. Das letztere

zumindest stimmt nicht mehr. Die neue Linie sucht Europa (oft mit naiver Verkennung der erforderlichen Zeit und Mühe) zum sofortigen Zusammenschluß oder doch zum sofortigen Freihandel zu überreden.

Man hat aber auch erkannt, daß eine Umstellung der bisherigen Dollarkunden auf internen Austausch eine Entfaltung der Industrien und anderen Wirtschaftskräfte in vielen rückständigen Gebieten der Welt erfordern würde, und daß eine solche Entfaltung schon wegen des Bevölkerungswachstums notwendig bleiben wird, lange nachdem die Nachkriegsknappheit an Dollar behoben sein wird. Daher Präsident Trumans «Punkt Vier», der amerikanische Hilfe technischer Art für die wirtschaftliche Entwicklung rückständiger Gebiete verspricht. Man erwartet davon unter anderem, daß diese Entwicklung Produkte erschließen werde, die für Amerika interessanter sind als diejenigen, die diese Länder heute zu bieten haben, so daß im Endergebnis die Dollarknappheit dieser Länder reduziert werden wird.

Die Umrisse des wirklichen, dauernden Dollarproblems im Weltmaßstab beginnen sich jetzt klarer abzuzeichnen. Ganz abgesehen von den Folgen zweier Weltkriege für Europa und Asien – zweier Weltkriege, die zu keinen Kriegshandlungen auf dem Boden der USA führten und der Produktion dieses Landes einen gewaltigen Anstoß gaben – ist es jetzt klar, daß die Weltarbeitsteilung im Sinne des neunzehnten Jahrhunderts mißlungen ist. Das gewaltige, an Naturschätzen reiche, einheitliche Wirtschaftsgebiet der U.S.A., von einer energischen Einwandererbevölkerung besiedelt, ist dem zersplitterten, von Kriegen zerrissenen Europa einfach davongelaufen, obwohl der Arbeitsaufwand (in Einzelfällen auch die Produktivität der individuellen Arbeit) in Europa sehr wohl mit Amerika Schritt halten. Die *durchschnittlichen* Arbeitserträge in Amerika mögen nicht immer so hoch sein, wie sie in einer planvollen, krisenfreien Wirtschaft sein könnten; sie mögen überdies international überschätzt worden sein, solange der Dollar im Vergleich zu den meisten anderen Währungen unterbewertet war; dennoch ist Amerika das Land der höchsten Gesamtproduktivität und zugleich der vielseitigsten entwickelten Wirtschaftskräfte, wenigstens solange nicht eine neue Wirtschaftskrise im Ausmaße der dreißiger Jahre ihm einen Rückschlag versetzt, und solange nicht eine neue Aufrüstung großen Maßstabs den Reichtum seiner Riesenproduktion abschöpft.

Marshallplan und Dollarkrise

All dies bedeutet, daß die Reichweite der internationalen Dollarkrise bei weitem die des Marshallplans übersteigt; ganz abgesehen von der Bedeutungswandlung, die er in den letzten zwei Jahren allmählich erfahren hat.

Wie bereits angedeutet wurde, war der Grundgedanke des Planes eine Zusicherung alljährlicher Dollarkredite im Gesamtausmaß von vielleicht sechzehn Milliarden Dollar in vier Jahren. Diese Kredite wurden den beteiligten Nationen bis 1952 zugesichert, wobei allerdings die genaue Summe von Jahr zu Jahr festzusetzen blieb. Man betonte damals, daß es sich nicht mehr bloß um milde Gaben von Nahrungsmitteln für sofortigen Verbrauch handeln sollte, sondern um Materialien und Maschinen, die dem dauernden Wiederaufbau dieser Nationen dienen sollten. Überdies sollten das beteiligte europäische Wirtschaftsgebiet als Ganzes – teils durch Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb Europas, teils durch Wiederaufbau der Produktion im allgemeinen und des Absatzes im Dollargebiet – ab 1952 von weiterer Hilfe, das heißt von weiteren Dollaranleihen unabhängig gemacht werden.

Dann aber begannen verschiedene Entwicklungen, die man am Beginne des Marshallplans entweder nicht vorausgesehen oder nicht vorausgesagt hatte. Zunächst verweigerte der Sowjetblock nach einigem Schwanken die Teilnahme. Dies bedeutete nicht nur einen politischen Kampf der kommunistischen Parteien und Gewerkschaften in Westeuropa gegen das Projekt, sondern auch ein Ausbleiben des großangelegten Warenaustausches zwischen Ost- und Westeuropa, auf den man zunächst gehofft hatte. Wahrscheinlich hatte der Sowjetblock anfänglich unrecht, den Marshallplan als erweiterte Fortsetzung des Truman-Programms (das heißt der Aufrüstung Griechenlands und der Türkei) anzusehen; aber um dem Kongreß die wirtschaftliche Hilfe an Europa mundgerecht zu machen, begann man sie bald als eine Maßnahme zum Kampf gegen den Sowjetkommunismus zu präsentieren. Allmählich verbreitete sich in politischen, militärischen und Geschäftskreisen Amerikas die Auffassung, daß der Marshallplan eine Maßnahme des «kalten Krieges» darstelle. Man bemerkte gar nicht, daß man damit der Sowjetregierung, die zur Zeit der Pariser Konferenz mit dieser Annahme unrecht hatte, nachträglich Recht gab ...

Die wirtschaftlichen Folgen des Marshallplans waren noch merkwürdiger. Die E. C. A. hatte große Mühe, sich der verschiedenen Interessentengruppen zu erwehren, die diese Kredite nicht für die Materialien, die Europa brauchte, sondern für ihre eigenen Überschüsse verwenden wollte. Zugleich war die E. C. A., im Bunde mit den beteiligten Regierungen, beim Wiederaufbau der westeuropäischen Produktion so erfolgreich, daß im Jahre 1949 in einigen Ländern bereits die Befürchtung eines unverkäuflichen Überschusses auftauchte.

Zugleich aber zeigte sich um so deutlicher, daß das Dollarproblem eben

nicht nur ein europäisches Produktionsproblem darstellte. In der Produktion war man Ende 1949 den ursprünglichen Annahmen des Marshallplans weit voraus, in der Dollarversorgung aber war man weit dahinter, und das Ziel, im Jahre 1952 von weiteren Dollaranleihen unabhängig zu sein, schien fast ebenso weit entfernt zu sein wie am Beginn des Planes. Auf beiden Seiten des Atlantiks begann man sich zu fragen, ob man nicht einem Trugbild nachjage. Die Beharrlichkeit der Dollarknappheit schien einer zeitweiligen Hilfsmaßnahme wie dem Marshallplan erfolgreich zu trotzen. Abgesehen davon, hatte der Marshallplan von vornherein keine (oder doch nur eine sehr geringe) Hilfe für die Dollarnöte der Nationen in anderen Erdteilen – im Nahen und Fernen Osten, in Lateinamerika, in Afrika – vorgesehen.

Die Zukunft der Dollarkrise

Zusammenfassend lassen sich über die Gegenwart und Zukunft des internationalen Dollarproblems folgende Schlüsse ziehen:

1. Es hätte sehr wenig Sinn, sich auf weitere großangelegte Dollaranleihen (oder Geschenke) nach 1952 zu verlassen. Vermutlich ließe sich der Kongreß nötigenfalls zu einer neuen Notstandsanleihe überreden, aber weder in Amerika noch in Europa gefällt diese Aussicht allzuvielen Leuten. Möglichkeiten größerer Privatinvestitionen amerikanischen Kapitals im Ausland sind, finanziell betrachtet, zweifellos vorhanden, aber das gegenseitige Mißtrauen dürfte sie in engen Schranken halten. Dies gilt auch für indirekte Investitionen, zum Beispiel durch die Internationale Bank. Überdies könnten Investitionen die Dollarlücke nur dann wirklich schließen, wenn sie auf unbestimmte Zeit fortgesetzt werden würden.

2. Bemühungen um erhöhten Absatz auf dem amerikanischen Markt sind geboten, aber ihre Schwierigkeiten sollten richtig eingeschätzt werden: a) die europäischen Erzeuger müßten sich dem amerikanischen Geschmack und Verkaufsstil anpassen, ohne doch ihre Individualität zu verlieren; b) der beste Zeitpunkt für eine Verkaufsoffensive wäre unmittelbar nach der Abwertung gewesen und die Länder, die sich auf die Abwertung allein verließen, werden sich jetzt sehr beeilen müssen; c) eine fühlbare Abschwächung der Konjunktur in den USA kann nur allzu leicht die neuen Fortschritte zunichte machen; d) auch in Konjunkturzeiten würde eine gegenseitige Konkurrenz europäischer Nationen auf dem amerikanischen Markt und seine Überschwemmung mit denselben Produkten aus allen Teilen Europas niemand viel

Nutzen bringen; e) um mit Produkten amerikanischer Massenfabrikation auf ihrem Heimatboden zu konkurrieren, wird die Produktivität der Arbeit und der Betriebsmethoden in den betreffenden Ländern große Fortschritte machen müssen.

3. Erhöhte Produktivität (und nicht bloß eine Neuverteilung des bestehenden Nationalprodukts, die gewiß auch wichtig und in vielen Teilen Europas sehr dringend ist) ist unabweisbar; nicht nur wegen des Dollarmarktes, sondern einfach, um Europa von ständiger Dollarhilfe unabhängig zu machen und um der zunehmenden Bevölkerung Rechnung zu tragen. Eine Erhöhung der Produktivität ist heute in Ländern mit den verschiedensten Wirtschaftsverfassungen geboten, aber die Methoden, mit denen sie durchgeführt werden wird (und die Widerstände, auf die sie stoßen wird) werden sehr verschieden sein. Ohne demokratische Wirtschaftsplanung, die der Bevölkerung und besonders der Arbeiterschaft ausreichende Sicherheit gegen «Überproduktion» und Arbeitslosigkeit gibt, wird das Streben nach erhöhter Produktivität immer wieder auf Widerstand stoßen.

4. Kontinentale Zusammenarbeit und die Schaffung eines halbwegs einheitlichen und ausreichenden Wirtschaftsgebietes ist eine der ersten Vorbedingungen erhöhter Produktivität. Gewiß wäre es naiv, sich von New York oder Los Angeles aus vorzustellen, daß die Konsumtion und Produktion der Bewohner von Neapel und Oslo, mit ihren ganz verschiedenen Überlieferungen und Lebensgewohnheiten, einfach standardisiert werden kann oder soll. Dennoch gibt es sehr weiten Raum für einen systematischen Abbau künstlicher Schranken innerhalb Europas, von denen viele durchaus reaktionärer oder militaristischer Natur sind.

5. Umstellung auf innereuropäischen Austausch (und auch auf Austausch mit anderen Gebieten außerhalb des Dollarblocks, besonders in Asien) ist in ansehnlichem Maße möglich, aber sie hängt von zwei Bedingungen ab: a) von der bereits erörterten Erhöhung der Produktivität, die es ermöglichen würde, Produkte wie Baumwolle oder Kraftfahrzeuge in diesen Gebieten Europas oder Asiens zu Preisen zu erzeugen, die halbwegs mit den amerikanischen vergleichbar sind; b) von einer Beruhigung in der europäischen und internationalen Politik, die den Frieden zwischen West und Ost zumindest auf längere Zeit sichern würde. Solange Westeuropa und Osteuropa Gewehr bei Fuß stehen, kann es keine großangelegte Wiederaufnahme des überlieferten Güteraustausches innerhalb Europas geben; und ohne diesen Austausch werden beide Gebiete wirtschaftlich verkrüppelt bleiben. Eine Sicherung des

Friedens zwischen West- und Osteuropa würde auch die begreiflichen Befürchtungen einer neuen Wirtschaftsoffensive und Expansion des neuerwachten deutschen Nationalismus beruhigen und das gegenseitige Buhlen um seine Gunst zu Ende bringen.

6. Demokratische Wirtschaftsplanung verschiedener Art ist unerläßlich, wenn die erwähnten Maßnahmen auf lange Sicht erfolgreich sein sollen. Es ist sehr zweifelhaft, ob ein innereuropäischer Freihandel (selbst wenn die Regierungen dazu überredet werden sollten) automatisch eine ausreichende Arbeitsteilung innerhalb Europas hervorrufen würden, um die Dollarknappheit zu beseitigen. Vor allem aber ist es recht schwierig, Zolltarife und andere Handelsschranken zu beseitigen, wenn man den unmittelbar betroffenen Arbeitern und Gewerbetreibenden keine konkrete Aussicht auf Betätigung in einem anderen Betrieb, Gebiet oder Wirtschaftszweig bieten kann und wenn sie in ständiger Angst vor Krise und Arbeitslosigkeit leben müssen. Anderseits würde auch ein Nebeneinander von zwanzig oder dreißig gesonderten (und vielleicht feindlichen) Wirtschaftsplänen in den verschiedenen Nationen kaum helfen. Es ist Zeit, sowohl die Dollarkrise als auch die langfristigen Aufgaben europäischer Wirtschaftspolitik im allgemeinen als ein Problem der Planung in großen Wirtschaftsräumen zu sehen.

LEO RATTNER

Und morgen wieder Krise?

Denver, im Dezember 1949.

Wenn ein Land am Ende des zweiten Weltkrieges ökonomisch stärker war als an seinem Beginn, dann sind es die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Obwohl unzweifelhaft die erste industrielle Großmacht der Welt, litten die USA bei Kriegsausbruch immer noch unter den Folgen der großen Weltwirtschaftskrise. Die Krise von 1929 war nicht nur die schwerste der amerikanischen Geschichte. Im Gegensatz zu früheren Krisen wurde sie auch nicht von einer Prosperitätsperiode abgelöst. In den zehn Jahren, die dem Ausbruch der Krise folgten, lief der amerikanische Produktionsapparat niemals auf vollen Touren. 1939 gab es immer noch neun Millionen Arbeitslose. Selbst mit Hilfe der riesigen Staatssubventionen des New Deal war der amerikanische Kapitalismus nicht fähig, Prosperität und Vollbeschäftigung zu gewährleisten.